

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1922

29.12.1922 (No. 303)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil und den Staatsanzeiger: Chefredakteur C. A. M. v. d. Karlsruher.

Expedition: Karlsruhe, Friedrichstraße Nr. 14. Fernsprecher: Nr. 953 und 954. Postfachamt Karlsruhe Nr. 3515.

Preis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert für Dezember 550 M. — Einzelnummer 20 M. — Anzeigengebühr: 18 M für 1 mm Höhe und ein Siebenteil Breite. Briefe und Antworten an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruhe, Nr. 14 zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern besetzt. Bei Abgabe von Adressen steht der Anzeiger keine Anpreisung, falls die Zeitung versendet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unvorläufige Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

Ämtlicher Teil.

Die Polizeistunde in der Sylvesternacht.

Nach einer Bekanntmachung des Ministeriums des Innern ist die Polizeistunde in der Sylvesternacht 1922/23 allgemein auf 1 Uhr festgesetzt.

* Die Stellung Englands.

Aus der Lektüre der englischen Blätter ist zu entnehmen, daß nicht nur Poincaré bei der Pariser Konferenz mit einem ganz bestimmten Plan hervortreten wird, sondern daß auch das britische Kabinett seinen eigenen Plan vorbereitet. Wie dieser Plan aussieht, wird im einzelnen nicht gesagt. Es wird lediglich mitgeteilt, daß England auf der Pariser Konferenz grundsätzlich für eine Herabsetzung der Reparationssumme eintreten wolle, und daß es grundsätzlich bereit sei, in Strafmaßnahmen gegen Deutschland einzutreten, wenn dieses den neuzustellenden Bedingungen nicht nachkomme.

Die Kommentare, die man in England zu dieser Veröffentlichung liest, lassen ziemlich klar erkennen, daß jene Bedingungen aber, die man Deutschland auferlegen will, nach britischer Auffassung so beschaffen sein sollen, daß Deutschland sie auch wirklich erfüllen kann. Hier liegt der springende Punkt. Während Frankreich von Anfang an eine Politik verfolgte, die bewußt unmögliches verlangte, um dann nach der Feststellung einer Nichterfüllung recht viele Vorteile für sich selbst herauszuschlagen, hat sich die ganze übrige Welt unter der Führung Englands — das ist und bleibt das Verdienst Lloyd Georges — von Monat zu Monat immer entschiedener auf den Standpunkt gestellt, daß man von Deutschland nur solche Leistungen fordern könne, die im Bereich des Möglichen liegen. Und die logische Konsequenz einer solchen Auffassung ist die, daß „Sanktionen“ nur dann berechtigt sein können, wenn der Schuldner einer Verpflichtung, die er nach Lage der Dinge erfüllen konnte, ausweicht.

Dies ist aber auch immer der Standpunkt der deutschen Reichsregierung und der überwiegenden Mehrheit unseres Volkes gewesen. Wir wollen der sog. „Reparationspflicht“ genügen, im Rahmen des Möglichen. Durch die unfinnige Politik Frankreichs aber ist unsere Finanzwirtschaft in ein solches Elend gestürzt worden, daß wir heute selbst beim besten Willen nicht einmal das erfüllen könnten, was vielleicht noch vor einem Jahr zu erfüllen möglich gewesen wäre.

So hat die Politik Frankreichs wie eine Schraube, die man immer fester anzieht, und die schließlich das ganze Brett sprengt, selber das Niveau des Möglichen herabgedrückt. Man wird nun im übrigen abzuwarten haben, wie die Vorschläge aussehen, die England in Paris seinen Alliierten unterbreitet.

Auch noch in einer anderen Frage erweist sich die britische Auffassung als mit der französischen völlig unvereinbar. Und zwar betrifft diese Angelegenheit die bekannte Note, mit welcher die Reparationskommission eine „absichtliche Verfehlung“ der deutschen Reichsregierung in der Frage der Solzlieferungen „feststellt“. Dieser Beschluß ist gegen die Stimme des englischen Vertreters in der Reparationskommission, Bradbury, gefaßt worden. Und die britische Regierung hat, obwohl sie von einem Teil der Pariser Presse dazu ermuntert wurde, gar nicht daran gedacht, ihren Vertreter zu desavouieren.

England ist also nicht der Ansicht, daß hier eine absichtliche Verfehlung Deutschlands im Sinne des Friedensvertrages von Versailles vorliegt. Und die genaue Darstellung, die die deutsche Reichsregierung jetzt in der Sache selbst veröffentlicht läßt, beweist zur Genüge, daß in der Tat von irgend welcher Absichtlichkeit oder Böswilligkeit nicht gesprochen werden kann.

Was bleibt nichts anderes übrig, als anzunehmen, daß Frankreich den Beschluß in der Reparationskommission nur durchgedrückt hat, um ihn als neue Schikane gegen Deutschland zu verwenden. Wird von der Reparationskommission eine absichtliche Verfehlung festgestellt, so ist es Sache der alliierten Regierungen, Maßnahmen gegenüber Deutschland zu beschließen. Nun ist ja aber ganz klar, daß man wegen ein paar Tausend Kubikmeter Holz Deutschland nicht gleich massakrieren kann. So verriekt ist die von der Kriegspolizei sich langsam befreiende Welt doch nicht mehr, daß sie dem zustimmen würde, wenn nun Frankreich aus der nicht ganz ge-

nauen Einhaltung der Lieferungsstermine eine Haupt- und Staatsaktion machen wollte, zumal Deutschland sehr gewichtige Dinge mitteilen kann, die sein Verhalten erklären und entschuldigen.

Und so hat denn auch die Londoner Presse, und zwar bezeichnenderweise die sonst so franzosenfeindliche „Times“ an ihrer Spitze, Frankreich und heraus erklärt, daß die ganze Entscheidung der Reparationskommission über den Verzug Deutschlands von geringer Bedeutung sei, und daß in Paris der Geschichte wohl nur deshalb eine größere Bedeutung beigemessen werde, um so einen günstigen Einfluß auf die bevorstehende Konferenz der Premierminister auszuüben. Die britische öffentliche Meinung sei jedoch nicht bereit, die Reparationsfrage vom Standpunkt der Anwendung von Sanktionen und Garantien zu betrachten. Es gebe keinen Teil der öffentlichen Meinung in England, der zustimmen würde, daß die britische Regierung im augenblicklichen Stadium Zwangsmaßnahmen unterließ, die jede Hoffnung auf eine allgemeine Lösung zum Scheitern bringen würden.

Wir meinen, daß man sich nicht gut klarer ausdrücken kann. Diese eindeutige Sprache wird wohl auch in Paris verstanden werden. Und wenn Italien und Belgien Frankreich das Vergnügen bereitet haben, seinen Antrag auf Feststellung der „absichtlichen Verfehlung“ zu unterstützen, so ist damit noch lang nicht gesagt, daß sie die französische Reparationspolitik als solche unterstützen wollen, sondern es ist viel eher anzunehmen, daß auch sie innerlich auf demselben Standpunkt stehen, wie er hier als der der gesamten öffentlichen Meinung Englands verkündet wird.

Clemenceaus Propagandareise

Der Korrespondent der „Frkt. Ztg.“ schreibt unterm 5. Dez. aus New-York:

„Das Resultat des Besuchs Clemenceaus ist sehr zufriedenstellend — für die Gegner der französischen Gewaltspolitik. Clemenceaus Reden und Reden werden nämlich jetzt bedeutend mehr diskutiert, als dies im Anfang der Fall war, und aus allen Kommentaren läßt sich mit leichter Mühe ersehen, wie sehr Frankreich in den Augen der Amerikaner verloren hat. Hunderte von Leitartikeln könnten zitiert werden, um diese Behauptung zu erweisen, aber ich werde mich zunächst mit einer sehr treffenden Stelle aus dem ersten Artikel in der „World“ vom 26. November begnügen. Dieses Blatt ähnelte ich deswegen, weil die Herausgeber mit dem französischen Blattler befreundet sind und sie ihn sogar aufforderten, eine Reihe von Artikeln für ihre Blätter zu schreiben. Ralph Pulitzer, einer der Herausgeber der „World“, hatte Herrn Clemenceau hier bei einem großen Essen zu Gast, und sein Bruder Joseph, der in St. Louis die „West-Post“ herausgibt und auch an dem New Yorker Blatt beteiligt ist, beherrschte und bewirtete ihn. Man würde also erwarten können, daß die „World“, wenn eben möglich, günstig über die Verurteilungen des Franzosen urteilen würde. Aber das Blatt sagt:

„Herr Clemenceau kann unsere Ansicht, daß Frankreich sich auf fremden Boden befindet, nicht erschüttern. Er kann uns unsere Meinung, daß, wenn Frankreich ein Abkommen in Ghem mit Deutschland ablehnt, es eine enorme Torheit begeht, nicht rauben. Er kann uns nicht dazu bestimmen, uns an dieser Torheit zu beteiligen. Herr Clemenceau muß verstehen, daß Amerika sich nicht einmal wieder aus seiner Isolation herausdrückt, daß es aber dies nicht tut, um zu helfen, unmögliche, Deutschland auferlegte Friedensbedingungen durchzuführen, oder in einer gegen Deutschland gerichteten Fehde mitzumachen, sondern, daß es in unparteiischer Weise für den Weltfrieden wirken wird.“

Andere Zeitungen erinnern Herrn Clemenceau in viel schärferer Weise daran, daß Frankreich Europa und also die ganze Welt in Unruhe erhalte. Wenn er in seinen Reden frage, warum Frankreich nicht mehr die Freunde habe, die ihm vor fünf Jahren zur Seite standen, möge das französische Volk in sich gehen und dort die Antwort suchen. Es wird dabei auch auf den jetzt hier veröffentlichten Variac-Bericht hingewiesen, der einen höchst ungünstigen Eindruck gemacht hat. Er war derart, daß die franzophilen Blätter, deren es noch einige wenige gibt, ihn einfach unterschlugen. Man findet es hier auch höchst merkwürdig, daß jetzt, nachdem neun Monate seit der Annahme der Abrüstungsabkommen in Washington verfloßen sind, Frankreich noch keine Miene macht, sie zu ratifizieren. Man bemerkt, Japan sei ungleich loyaler, denn es habe doch wenigstens die Räumung gewisser Gebietsstücke, zu der es sich verpflichtet hatte, in Angriff genommen. Weil Frankreich und Italien mit der Ratifizierung zögern, hat die amerikanische Regierung beschlossen, vorerst keine weiteren Schiffe abzuwraden. Clemenceau hat auch einen großen Fehler in der Massenfrage gemacht. Er betritt glattweg, daß Schwarze am Rhein seien, und gab dadurch dem Senator Hitchcock und einigen andern eine willkommenen Gelegenheit, durch amtliche Dokumente und Privatbriefe darzutun, daß er nicht bei der Wahrheit geblieben sei. Dann empfieng er in St. Louis eine Abordnung von Negern, die sich in Lobeshocherhebungen darüber ergingen, daß Herr Clemenceau die Täch-

tigkeit der schwarzen Truppen im Weltkrieg so in den Vordergrund gerückt habe. Natürlich ist er jetzt bei jedem Weißen, der aus den ehemaligen Sklavenstaaten stammt, von vornherein unmöglich geworden. Aber auch der weitaus größte Teil der übrigen Bevölkerung der Vereinigten Staaten sieht der Clemenceauschen Auffassung des Massenproblems nicht sympathisch gegenüber.

Georges Clemenceau hatte eine schöne Gelegenheit, zum Teile Frankreich zu retten. Er hat sie nicht benutzt, weil er die Phse des amerikanischen Volkes nicht erkannte. Wäre er als Friedensapostel gekommen, hätte er in seinen Reden Frankreich zu einem Programm des Aufbaus und der Wiedergesundung einer kranken Welt verpflichtet, würde ihm hier jeder Mensch zugejubelt haben. Die Amerikaner wenden ihren Blick in die Zukunft, sie wollen das Geschehene so bald wie möglich vergessen. Clemenceau aber lebt nur in der Vergangenheit. Er verlangt, Amerika solle sich zur Mitarbeit in Europa bereit erklären, aber, wie das „Journal of Commerce“ sehr richtig bemerkt, er baut sein Argument auf den falschen Prämissen von „Deutschlands Ehrgeiz“, „Deutschlands neuen Kriegsvorbereitungen“ und ähnlichen Ausstreuungen auf, die kein Mensch ernst nehmen kann. Wie dasselbe Blatt in seinen Finanzspalten sagt, sind die französischen Obligationen, die hier untergebracht sind, in der letzten Zeit bedeutend schwächer geworden als sie bisher waren, und sie müssen künstlich gestützt werden. „Die Zeit wird aber kommen, da diejenigen Interessenten, welche diese Bonds stützen, sich zu stark beladen fühlen werden, und dann werden sie darauf verzichten müssen, den Kurs auf der gegenwärtigen Höhe zu erhalten“, sagt die Zeitung weiter. Das ist auch ein Zeichen, daß Clemenceaus Versuch das Ansehen und den Kredit Frankreichs nicht gefördert hat.“

Sozialdemokratie, Politik und Wirtschaft.

Der „Bad. Beobachter“ gibt die Stellungnahme des Professors Dr. Sinsheimer und Max Cohen-Knecht, zweier herausragender Führer der Sozialdemokratie, zu den Fragen die im Vordergrund des innerpolitischen Interesses stehen, wieder. Professor Dr. Sinsheimer schreibt in einem Schriftchen „Große Koalition und Sozialdemokratie“ u. a.:

„Die Arbeiterführer stehen vor der Tatsache, daß die maßlose Agitation in einer taktischen Frage, die nirgends auf das wirtschaftliche Grundproblem unseres Daseins eingegangen ist, eine feindliche Stimmung der Arbeiterklasse gegen die „Große Koalition“ erzeugt hat. Wenn wir aber bis heute in dieser Agitation falsche Wege gegangen sind, so dürfen wir aus Feigheit die falschen Wege nicht fortsetzen. Unsere Führer müssen vor die Massen hintreten und das, was sie privat wissen, öffentlich sagen. Die Politik der unendlichen Hoffnungen und Illusionen kann nicht mehr fortgeführt werden. Die Politik der nächsten Jahrzehnte ist eine raue, mühevollere, an elementarsten Daseinsfragen gebundene Politik. Sie wird nur dann fruchtbar sein, wenn wir endgültig darauf verzichten, der Masse von Tag zu Tag wachsende Illusionen vorzutäuseln, wenn wir von ihr nichts weiter fordern als männliche Kraft und den Glauben an die Frucht dieser Kraft für die, die nach uns kommen, wenn wir unsere Schuldbiligkeit getan haben im ehelichen Kampfe mit dem Leben.“

Mit anderen Worten: nicht Agitationspolitik und Massensuggestion durch utopistische Forderungen tun not, sondern offene Darlegung der Dinge, wie sie sind. Dieselbe Offenheit und Ehrlichkeit, wie sie hier von Sinsheimer auf politischem Gebiet verlangt wird, fordert das bekannte sozialistische Mitglied des Reichswirtschaftsrates Max Cohen-Knecht in wirtschaftlicher Beziehung. In einer sehr lehrreichen, bedeutsamen Broschüre „Deutsche Arbeit — Deutsches Schicksal“, die im Verlag „Der Firm“ (Berlin W. 35) erschienen ist, äußert sich Cohen nach dem Grundsatze „amicus Plato, sed magis amicus veritas“ (— Lieb ist mir Plato, aber lieber die Wahrheit!) über die Frage der Arbeitszeit. Im Vorwort der Schrift, der wir möglichst weite Verbreitung wünschen, schreibt Cohen unter anderem:

„Es handelt sich bei den auf diesen Blättern gemachten Darlegungen nicht um eine grundsätzliche Gegnerschaft gegen die seit mehr als dreißig Jahren von der sozialistischen Arbeiterschaft erhobene Forderung des Achtstundentags. Wir alle, die wir Zweifel an der Möglichkeit der Durchführung des Achtstundentages in der jetzigen über alle Begriffe schwierigen wirtschaftlichen Lage Deutschlands geäußert haben, wir haben seit zwei und mehr Jahrzehnten nicht nur selber für diese Forderung, sondern auch für viele andere sozialpolitische Art gemeinsam mit unseren sozialistischen Freunden gestritten, und wir gedenken das auch weiterhin zu tun. Es muß aber erlaubt sein, zu untersuchen, ob nach diesem gewaltigen Krieg, der nicht nur Europa, sondern fast die gesamte Welt wirtschaftlich außer Rand und Band in heinache unübersichtlich scheinende Wirris gebracht hat, ob da nicht manche Forderung, die in der Vorkriegszeit erhoben, sinnvoll und richtig war, auch heute noch, unter so gänzlich verschiedenen Verhältnissen, ebenso genannt werden kann. Darum allein handelt es sich. Und gleichviel, zu welchem Resultat man bei gewissenhafter Prüfung der Angelegenheit auch kommen mag: von einem Hinausgleiten aus der sozialistischen Gedankenwelt, wie uns das hier und da vorgeworfen wird, kann keine Rede sein. Wenn die Einsicht in die augenblickliche Undurchführbarkeit mancher früher von uns aufgestellter Forderungen ein Hinausgleiten aus der sozialistischen Gedankenwelt bedeutet: wohl die Hälfte aller deutscher Sozialdemokraten wäre dann bereits „hinausgeglitten“; denn schließlich kann es, vom Standpunkt der Tempelhüter aus gesehen, ja doch nicht genügen, daß bestimmte

